

Schließlich kam es noch zu einem Eklat, als die Vertreter des „Amtes für Schwarze Katholiken“ (NOBC), die eine Finanzhilfe von mehr als 650 000 Dollar beantragt hatten, von der Bischofskonferenz nur 150 000 Dollar bewilligt bekamen und dies rundweg ablehnten. Der Geschäftsführer der NOBC, J. Davis, rief den Presseleuten zu: „Wir lehnen diese offensichtlich rassistische Reaktion der Bischöfe auf unser ernstes Anliegen ab. Wir werden von den 150 000 Dollars keinen Cent annehmen.“ Ihre Argumente seien schwach und eine „typisch weiße rassistische Haltung“. Dieses Angebot sei eine „Beleidigung“ des NOBC.

Ein Strukturplan zur Reform des Weltkirchenrats

Im Januar 1971 tritt, wenn nichts dazwischenkommt, der Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen in Addis Abeba zusammen, um die 1969 in Canterbury begonnene Arbeit fortzusetzen. Inzwischen ist aber das ursprünglich vorgesehene Programm, die in Uppsala 1968 geforderte und auch bereits skizzierte *Strukturreform* einzuleiten (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 386), durch die Grundsatzkrise um die Methoden des Kampfes gegen den Rassismus schwer belastet worden (vgl. ds. Heft, S. 12). Es scheint sogar, daß die Planung der Strukturreform, d. h. einer Stärkung der Zentralorgane des Weltrates, die manchen Mitgliedskirchen nicht behagt, mit Hilfe des Rassismuskonfliktes durchkreuzt werden soll. Zu dieser Vermutung besteht um so mehr Grund, als nach der jüngsten Verlautbarung der „Monatsausgabe des Ökumenischen Presse-Dienstes“ (November 1970, S. 5—8) keine Rede mehr davon ist, was in Uppsala gedacht wurde. Damals wurde u. a. mit Rücksicht auf einen Beitritt der römisch-katholischen Kirche zwar nicht geplant, wie weitgehendere Vorschläge seit Jahren anregten, den Weltrat aufzulösen und auf einer neuen ekklesiologischen Basis gemeinsam mit Rom zu konstituieren, wohl aber neben dem Zentralausschuß eine Art „zweite Kammer“ zu bilden, in welcher die Konfessionellen Weltbünde und später die römisch-katholischen Bischofskonferenzen ihren Platz finden sollten. Von dieser theologisch nicht unbedeuten-

Die Bischofskonferenz selbst, deren Jahresdefizit doppelt so hoch ist wie veranschlagt, nämlich 2 Millionen Dollar, mußte auch andere Ausgabenkürzungen (in Höhe von fast 10%) vornehmen. Die großen Fastenkollekten sollen 1970 um 14% weniger an Spenden erbracht haben — und dies bei ständig steigenden Verwaltungskosten und steigendem Finanzbedarf. Erzbischof Hannan, New Orleans, wies die Anspielungen auf die „Reichtümer“ der Kirche in den USA zurück. Diese seien weitgehend in Krankenhäusern, sozialen Einrichtungen und in Kirchenbauten ohne realen Markt- und Verkaufswert investiert.

den Konzeption weiß die oben erwähnte Information über den derzeitigen Stand der Strukturreformvorschläge nichts.

Die Arbeiten des Strukturausschusses

Folgen wir den gründlichen Ausführungen des ÖPD über die Arbeit, die Methoden und das Ergebnis des 1969 berufenen Strukturausschusses, so fällt auf, daß seine Modelle für den „Umstellungsprozeß“, der recht umständlich gegen das Mißtrauen der Mitgliedskirchen verteidigt wird, „immer mehr zu pragmatischen Erwägungen“ führten, „anstatt zu versuchen, über die Struktur zu theologisieren“. Dies war, wie eingestanden wird, „unter Zeitdruck“ nicht möglich, und das dürfte ein beträchtlicher Mangel sein, der zu Einwendungen geradezu herausfordert.

Die vier Tagungen des Ausschusses gingen von folgenden Aspekten aus: 1. der Unzufriedenheit mit dem Arbeitsstil und den Methoden der Vollversammlung; 2. dem Anwachsen der Organisationen des Weltrates bzw. seiner Zentrale, die die 1954 geschaffene Struktur gesprengt haben. 3. Die Zunahme lokaler, nationaler und regionaler ökumenischer Institutionen fordern einen neuen Koordinationsstil und bessere Kommunikation untereinander. 4. Die Finanzkrise (!), unter der viele Mitgliedskirchen zu leiden haben, verlangt neue Prioritäten. 5. Die gesamte ökumenische Bewegung wird durch „ein neues Klima in der Theologie“ und im

kirchlichen Leben herausgefordert: „In der Theologie herrschen Verwirrung und Polarisierung, in den Kirchen wird das Establishment durch einen neuen linken Flügel in Frage gestellt, die konservativen Evangelikalen entdecken, was auf der ökumenischen Tagesordnung steht, und die Wandlungen in der römisch-katholischen Kirche wirken sich auf alle anderen Gruppen innerhalb der christlichen Gemeinschaft aus (!). Das sind in der Tat beachtliche Perspektiven.“

In den erwähnten Ausführungen wird den Mitgliedskirchen zu verstehen gegeben, daß „heutzutage die Umstrukturierung für die Organisation zu einem normalen Vorgang geworden ist“. Es wird also nicht daran gedacht, daß die Organisation des Weltrates auch ein theologisches Problem ist. Der Ausschuß will und kann „kein Fertigprodukt“ vorlegen, sondern nur „erste Schritte“ vorschlagen, die vernünftig sind. Er stand im Konflikt zwischen seinem Wunsch, eine wirklich neue Struktur zu entwerfen, und „den verschiedenen Anliegen und Interessen der Mitgliedskirchen“. Hauptfrage war eine „Überprüfung des bisherigen Auftrags von ‚Glauben und Kirchenverfassung‘, Weltmission und Evangelisation, Kirche und Gesellschaft usw.“ Es wird lang und breit davon gesprochen, daß sich gewachsene „Interessenbereiche“ der verschiedenen Abteilungen und Referate herausgebildet haben, die man nicht einfach beseitigen kann. Man sucht die Kontinuität in der Diskontinuität zu wahren, aber durch „Vereinfachung und Koordination“, durch flexiblere Formen der Beauftragung einzelner Mitarbeiter, Auflockerung der Referate für einander und ihre Verbindung zu größeren „Programmeinheiten“. Neben einer Vereinfachung der Verwaltung liegt das Schwergewicht auf Koordinierung der neu zu bildenden Programmeinheiten in Gestalt einer „schöpferischen Mischung“.

Das neue Modell

Das jetzt dem Zentralausschuß zur Prüfung vorliegende Modell, so heißt es, sei sehr einfach. Die Arbeit des Weltrates soll in drei Programmeinheiten aufgeteilt werden, wobei jede aus etwa vier Arbeitsgruppen besteht. Die erste Programmeinheit konzentriert sich auf „Glauben und Zeug-

nis“ und umfaßt vier Arbeitsgruppen: Die Kommission „Glauben und Kirchenverfassung“, die Kommissionen „Weltmission und Evangelisation“, „Kirche und Gesellschaft“ sowie „Dialog mit den Glaubenden unserer Zeit“. Sehr kompliziert wirkt der Vorschlag, daß die Arbeitsgruppen einem gemeinsamen Ausschuß verantwortlich sind, der sich aus 12 Vertretern der Arbeitsgruppen und 30 Mitgliedern des Zentralausschusses zusammensetzt. Die Mitarbeiter einer Einheit werden auf kollegialer Basis zusammenarbeiten unter der turnusmäßigen Leitung eines der Arbeitsgruppenleiter. Die Bezeichnung „Einheit“ sei nur als Arbeitstitel gedacht.

Die zweite Einheit soll sich aus „Gerechtigkeit und Dienst“ konzentrieren mit folgenden vier Arbeitsgruppen: die Kommission „Kirchlicher Entwicklungsdienst“, die Kommission „Internationale Angelegenheiten“, die Kommission „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ und die Kommission „Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst“. Es wird hinzugefügt, daß das Programm für internationale Angelegenheiten und das Rassismusprogramm „mehr Freiheit und Eigenständigkeit“ erfordern, während Kirchlicher Entwicklungsdienst wie auch die Abteilung Zwischenkirchliche Hilfe „administrativ unabhängig sein müssen“.

Die dritte Programmeinheit befaßt sich mit „Bildung und Kommunikation“. Die Einzelheiten der Verteilung der „Interessenvertreter“ werden immer komplizierter, so daß wir sie hier übergehen können. Alles zusammen wird „Vereinfachung der vertikalen Struktur“ genannt. Aber die horizontale Struktur sei ebenso wichtig. Auch sie müsse erneuert werden. Die Arbeit des Ökumenischen Rates sei ein Ganzes. „Einheit, Mission und Erneuerung sind Dimensionen, die zu allen drei Einheiten gehören.“ Koordination gilt als die Hauptaufgabe. „Der Generalsekretär und sein Stellvertreter stehen dort, wo horizontale und vertikale Dimension sich kreuzen.“ Die Autoren der Planung empfinden selber, daß dies alles doch recht vage ist. Sie geben daher unumwunden zu, daß „dieser Plan eine von mehreren Möglichkeiten ist . . . Es hätte auch anders sein können.“ Vielleicht kommt es auch noch ganz anders. Denn schon werden Wünsche der Abteilungen

laut, die in eine andere Richtung zielen und eine „andere Mischung“ wollen, anscheinend auch deshalb, weil sie mit der Brisanz des Rassismusprogramms nichts zu tun haben möchten.

Kritik an den Mitgliedskirchen

Das Problem einer besseren Aufschlüsselung der Vertreter der Mitgliedskirchen unter den Delegierten der *Vollversammlung* wurde „mit Hilfe eines UN-Statistikers gelöst“. Aber da ist noch das andere Problem, „wie sich das Volk Gottes an dem Ereignis einer Vollversammlung beteiligen kann“. Sogar das berühmte zweite Kapitel von „Lumen gentium“ wirkt sich hier aus. Man will ihm damit beikommen, „bei der nächsten Vollversammlung das Besucherprogramm in das der Vollversammlung selbst zu integrieren“. Die „Besucher“, um die es da geht, sind weitgehend die opponierende Jugend, die sich in Uppsala kräftig zu Wort gemeldet hat. Sodann soll der geschäftliche Teil drastisch gekürzt,

Konflikt zwischen EKD und Weltkirchenrat unbereinigt

Nachdem in den letzten Wochen die Diskussion um das Rassismusprogramm des Weltrates der Kirchen in den verschiedenen Synoden und außersynodalen Gruppen hin und her wogte, ohne daß eine gemeinsame Stellungnahme in Sicht kam, fand am 1. und 2. Dezember 1970 in München endlich die vorgesehene Aussprache zwischen Generalsekretär *E. C. Blake* und seinem reich vertretenen Mitarbeiterstab auf der einen und Landesbischof *Dietzfelbinger* als Vorsitzender des Rates der EKD-West statt, auch er von maßgebenden Kirchenführern unterstützt. Blake wurde begleitet von *E. Payne* (London), einem der Präsidenten des Weltrates, ferner von *L. Vischer*, dem Leiter von Faith and Order, *Ph. Potter*, Leiter der Abteilung Weltmission, *Fr. Northam* (Finanzen), dem Direktor des „Programms zur Bekämpfung des Rassismus“, *B. Sjollema*, ferner dem Afrikareferenten *B. Carr*, dem Generalsekretär der Allafrikanischen Kirchenkonferenz, Pfarrer *S. H. Amisab* (Nairobi), und von *N. Shamyarira* als Sprecher der

dafür aber „der Gottesdienst in den Mittelpunkt gerückt“ werden in einer Form — das ist das heißeste Eisen —, „die die ökumenische Verpflichtung der Mitgliedskirchen wirklich zum Ausdruck bringt“. Offenbar will man über die sog. „offene Kommunion“ der einladenden Kirche hinausgehen.

Zum Schluß heißt es: „Die Umstrukturierung ist ein frustrierendes Problem . . . Die Mitgliedskirchen sind zwar an einer Strukturverbesserung interessiert, aber unfähig, die Details eines neuen Planes zu beurteilen.“ Für diese Verurteilung werden sie sich vermutlich revanchieren. Über eine sinnvolle Weiterarbeit der ebenfalls gewachsenen Organe der Zusammenarbeit mit entsprechenden des Vatikans, also SODEPAX und „Gemeinsame Arbeitsgruppe“ mit ihren vielen Verzweigungen und Verantwortungen vermißt man jedes Wort, obwohl es sich nicht leugnen läßt, daß hier die großen gemeinsamen Probleme der Christenheit behandelt werden, die eine Strukturreform nicht übergehen kann.

rhodesischen „Zimbabwe African National Union“, einer der 14 afrikanischen Befreiungsbewegungen, die unterstützt werden sollen. Neben *Dietzfelbinger* saßen hinter verschlossenen Türen des bayerischen Landeskirchenrates Bischof *H. O. Wölber* (Hamburg), entschiedenster Gegner des Blake-Programms, Präses *H. Thimme* (Bielefeld), Vorsitzender der EKD-Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst, ursprünglich Förderer der Genfer Rassismuspolitik, ferner die Bischöfe *Fr. Hübner* (Kiel) und *H. Kunst* (Bonn) sowie Vizepräsident *A. Füllkrug* als stellvertretender Vorsitzender der Arnoldshainer Konferenz (epd, 1. 12. 70).

Intervention von Bundesminister Eppler

Am Tage vor Beginn dieser offenbar heißen Aussprache gab Bundesminister *E. Eppler* in einem Interview mit dem „Evangelischen Pressedienst“ den deutschen Unterhändlern eine gewisse Hilfestellung. Er wür-